Fremdenblatt
7. III. 1916

Wilson und der Kongreß.

Die große Mehrheit des Repräsentantenhauses für die Warnung.

K. Berlin, 6. März. Der Vertreter des Wolffschen Bureaus in New-York meldet unter dem 3. d. M. durch Funkenspruch:

Das hervorragende Moment der Beziehungen zwischen Wilson und dem Kongreß ist die heutige Konferenz Wilsons mit dem Sprecher Clark und anderen Führern des Repräsentantenhauses. Eine Washingtoner Depesche der Associated Preß sagt über die Konferenz:

Die Führer des Hauses gingen fort, indem sie Wilson erklärten, daß heute nichts getan würde, wagten aber keine Prophezeiungen hinsichtlich der Zukunft. Sie gaben zu, daß die Lage ernst sei. Sie konnten noch nicht sagen, wie weit die Stimmung im Kongreß durch die Veröffentlichung der Anschauungen Wilsons in dem Briefe an Stone beherrscht würde.

Nach der Konferenz sagte Clark: Wir setzten Wilson auseinander, wie das Haus unserer Meinung nach denke. Ich sagte Wilson, daß die Resolution, die die Amerikaner vor der Benützung bewaffneter Handelsschiffe warnen soll, mit einer Majorität von 2:1 angenommen werden würde, wenn sie gegenwärtig im Repräsentantenhause zur Abstimmung gebracht würde. Einige begeisterte Herren dächten, die Majorität würde sich wie 3:1 verhalten.

Am Schlusse der Konferenz war es allen vollständig klar, daß Wilson auf dem Standpunkte seines Briefes an Stone beharrt. Wilson wurde durch eine große Zahl von Telegrammen ermutigt, die aus verschiedenen Landesteilen im Weißen Hause eintrafen und sich für seinen Standpunkt aussprachen. Auf der anderen Seite sind aus vielen Landesteilen Briefe in die Kanzlei des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten geströmt, welche dringend die Annahme der Resolution betreffend die Warnung der Amerikaner vor der Benützung bewaffneter Handelsschiffe verlangen.

Senator Gore erklärte, daß er mit Rücksicht auf die Korrespondenz zwischen Wilson und Stone umso begeisterter für seine Sache sei. „Die Annahme meiner Resolution," sagte er, „würde keine Schmälerung amerikanischer Rechte bedeuten. Meine Resolution geht dahin, daß die Ansicht des Kongresses sei, daß amerikanische Bürger vermeiden sollen, ihr Recht auszuüben, auf bewaffneten Schiffen zu reisen."

In den Kreisen von Regierungsbeamten hieß es, Wilsons Warnung in seinem Briefe, daß die Vereinigten Staaten das Völkerrecht vor der Verletzung seitens irgend einer Nation oder irgend einer Gruppe von Nationen schützen müßten, sei gegen alle europäischen Kriegführenden gerichtet. Die Regierung, hieß es, sei im Begriff, an England eine Note über die Banngutfrage abzusenden, die seit Wochen in Vorbereitung stehe. Sie werde die gegen die Beschlagnahme amerikanischer Postsachen bereits erhobenen Proteste kräftig betreiben.

Berlin, 6. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) In der „Stampa" werden die Londoner Berichte kommentiert, welche vom Siege Wilsons im Senate melden. Das Blatt erklärt, daß die Endentscheidung beim Repräsentantenhause allein liege, welches schon öfter Beschlüsse angenommen habe, die im Gegensatze zu jenen des Senats standen. Wilsons Schwierigkeiten seien daher noch nicht behoben.